



BSO
Hr. Michael Maag

Bürgermeister der Stadt Oberursel
Hr. Hans-Georg Brum

17. Juni 2020

Ihre Antwort vom 28.05.2020 auf unsere Anfrage zur Streichung von Geldern für das Klimaschutzkonzept

Lieber Herr Maag,

wir bedanken uns für Ihre Antwort auf unser Schreiben vom 10.05.2020.

Die Tatsache, dass es sich bei den in Rede stehenden Geldern nicht um Mittel für das städtische Klimaschutzkonzept handelt, sondern um projektbezogene Mittel, die der BSO im Rahmen des Neubauprojektes für Klimaschutzmaßnahmen in 2020 einsetzen wollte, ist lediglich für die Haushälter eine relevante Unterscheidung. Für das Klima hat dies keine Bedeutung.

Ein auf das 1,5 Grad Ziel ausgerichteter Klimaschutz fordert ein sofortiges und konsequentes Handeln aller Beteiligten.

In Sachen Klimaschutz haben wir, jeder Einzelne und die Stadt Oberursel, keine Zeit mehr, zu warten, zu verschieben oder auszusetzen. Alle in unseren und Ihren Möglichkeiten stehenden Maßnahmen müssen heute ergriffen werden. Klimaschutzmaßnahmen sind zukunftsorientierte Investitionen, die es uns erst ermöglichen, auch in 20, 30 oder 50 Jahren noch friedlich in unserer Stadt zu leben und zu arbeiten. Wenn wir langfristig auch betriebswirtschaftlich rentable Klimaschutzmaßnahmen heute nicht umsetzen, spart die Stadt Oberursel nur kurzfristig und verlagert die Kosten in ungleich höherem Maße auf nachfolgende Generationen.

Beim Neubauprojekt des BSO handelt es sich um ein stadteigenes Großprojekt, bei dessen Umsetzung die Stadt die Möglichkeit hat, ernst gemeinten Klimaschutz zu betreiben und eine zukunftsfähige Infrastruktur zu schaffen. Leider beweist die Verschiebung der Klimaschutzmaßnahmen, dass die Stadt Oberursel dem Thema Klimaschutz nicht die Priorität zukommen lässt, der es bedarf.

Die LOK hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Stadt kritisch-konstruktiv bei der Umsetzung ihres Klimaschutzkonzeptes zu begleiten. Wir werden daher Ihre Ankündigung, dass die Mittel bei entsprechendem Beschluss dem Neubauprojekt im Wirtschaftsplan 2021 wieder zu Verfügung stehen sehr genau verfolgen und in unserer Öffentlichkeitsarbeit berücksichtigen. Wir fordern Sie auf, Streichungen oder Verschiebungen öffentlicher Mittel, die für den Klimaschutz eingeplant waren, zukünftig nicht nur vor informierten Gremien, sondern auch vor der breiten Öffentlichkeit zu begründen.

Wir bitten Sie, in Ihrer Zusammenarbeit mit den entsprechenden politischen Gremien darauf hinzuwirken, dass zukünftig auch die breite Öffentlichkeit frühzeitig und transparent über Großprojekte, Haushaltsumschichtungen und Themen von allgemeinem gesellschaftlichem Interesse informiert wird und dass die Bürgerinnen und Bürger an wichtigen Entscheidungen stärker beteiligt werden.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Christine Greve